



Ulrich Kelber
Bonns Bundestagsabgeordneter

Newsletter Berlin



Aktuelles

Bonn

Berlin

Service

Nr. 8/2006, 121. gesamt / 07.04.2006

Zitat

**„Die heutige
Wirtschaftslage
ist absolut
unvergleichbar
mit 1966. Sie ist
unendlich viel
komplizierter!“**

Altbundeskanzler
Helmut Schmidt in
seiner Rede auf der
Klausur der SPD-
Bundestagsfraktion

Themen in dieser Ausgabe:

- Zwischen den Stühlen
- Biodieselbesteuerung
- Internationale Kriminalitätsbekämpfung
- Auslandseinsätze
- Beirat Nachhaltige Entwicklung
- Exportsubventionen
- Diese Woche im Plenum

Zwischen allen Stühlen – Das Henne/Ei-Problem

Es gibt politische Themen, da kann man am Ende leicht zwischen alle Stühlen sitzen, weil es praktisch nur für die extremen Positionen vernehmbare Stimmen gibt. Auch hier ist es natürlich so, dass die Mehrheit der Menschen schweigt.

Ein solches Thema ist die Nutztierverordnung, die unter anderem die Bedingungen regelt, wie Legehennen in Deutschland gehalten werden dürfen. Seit ein paar Tagen erreichen mich jetzt eMails, Briefe und Presseerklärungen von Tierschützern, Geflügelwirtschaft und anderen, die mit dem voraussichtlichen Kompromiss zwischen Bundesrat, CDU/CSU und SPD nicht einverstanden sind. Die einen werfen uns zu wenig Tierschutz und zu viel Rücksicht auf Arbeitsplätze vor, die anderen zu wenig Schutz der Arbeitsplätze und zu viel Rücksicht auf den Tierschutz.

Beide Positionen sind hervorragende Beispiele für die Art und Weise, wie oft Politik in Deutschland gemacht wird:

Die Geflügelwirtschaft musste eigentlich – wegen der geltenden Rechtslage – mit einem Käfigverbot ab dem 31.12.2006 rechnen. Jetzt ermöglichen wir Ihnen Alternativen zu Freiland- und Bodenhaltung, aber eben zu verbesserten Tierschutzbedingungen gegenüber heute. Das neue Recht bringt also eine Verbesserung für die Geflügelwirtschaft, die nur deren Maximalforde-

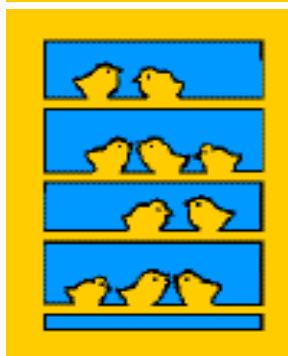
rungen nicht gerecht wird. Deswegen hört man Dauergezeter.

Für die Tierschützer war natürlich das Verbot der Käfighaltung entscheidend, sie mussten aber ein Abwandern der 30 Mio. Käfig-Hennen ins benachbarte Ausland befürchten, wo die Haltebedingungen weit unter deutschem Niveau liegen. Mit dem neuen Recht werden jetzt die Haltebedingungen in Deutschland verbessert und der Anteil der Tiere in Boden- oder Freilandhaltung massiv erhöht. Außerdem wird bis 2011 wissenschaftlich eine artgerechte Haltung erprobt, die ab dann in Deutschland rechtsverbindlich ist. Das neue Recht bringt also messbare Verbesserung für Millionen Tiere, vermeidet aber konsequent eine „Aus den Augen, aus dem Sinn“-Strategie.

Bleiben die politischen Kontrahenten: CDU/CSU mussten von der SPD zu mehr Tierschutz gezwungen werden, in dem wir unsere Zustimmung zu anderen Vorschlägen verweigert haben. Die Grünen argumentieren unehrlich, denn schließlich waren es die grünen Ministerinnen Künast und Höhn, die seit Jahren die Erforschung wirklich artgerechter Haltungsformen verpasst hatten.

Fazit: Die Vernunft ist auf Seiten der SPD und trotzdem sitzen wir zwischen allen Stühlen. That's life.

- Ulrich Kelber -



Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
schöne und erholsame Ostertage
und uns allen, dass endlich Frühling wird.

Es grüßen
Ulrich Kelber und Team

Biodiesel und Pflanzenöl sollen künftig besteuert werden

Die Bundesregierung will Biodiesel künftig mit 10 Cent pro Liter und Pflanzenöl mit 15 Cent pro Liter besteuern. Dies ist Gegenstand eines Gesetzentwurfs zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes (16/1172), das der Bundestag heute in erster Lesung berät. Da in letzter Zeit die Verwendung von Pflanzenöl als Kraftstoff stark zugenommen habe, könne dieses Produkt aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit und Steuergerechtigkeit nicht steuerfrei bleiben, wenn Biodiesel gleichzeitig besteuert wird. Wird Biodiesel mit fossilem Diesel gemischt, sollen pro Liter 15 Cent Energiesteuer fällig werden.

Die Regierung nimmt die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Besteuerung von Energieerzeugnissen

und elektrischem Strom in deutsches Recht zum Anlass, um das Mineralölsteuergesetz durch ein Energiesteuergesetz abzulösen, in das neben dem Mineralöl auch die Energieträger Steinkohle, Braunkohle und Koks einbezogen werden sollen. Das Gesetz soll ferner die Besteuerung von Kohle und Erdgas sowie die steuerliche Behandlung von Energieträgern, die zur Stromerzeugung verwendet werden, regeln. In diesem Zusammenhang will die Regierung auch die Steuerbegünstigung für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ändern. Darüber hinaus ist vorgesehen, bestimmte energieintensive Prozesse in der Industrie steuerlich zu begünstigen. Geplant ist auch, eine Kennzeichnungspflicht für jene Gasöle einzuführen, die als Kraftstoff in der Schifffahrt steuerfrei sind. Das Gesetz soll im Wesentli-

chen am 1. August in Kraft treten.

Zum geplanten Einstieg in die Besteuerung von Biokraftstoffen heißt es, die in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten reinen Biokraft- und Bioheizstoffe, die nur aus Biomasse bestehen, bleiben wie bisher steuerfrei. Zu dem in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Wegfall der Steuerbegünstigung von Biokraftstoffen und der Einführung einer Biokraftstoffquote will die Regierung einen gesonderten Gesetzentwurf vorlegen, der Anfang 2007 in Kraft treten soll.

Anmerkung: Die Koalitionsfraktionen haben angemahnt, die hohe Besteuerung und die Umsetzung der Beimischung grundsätzlich zu diskutieren.

Internationale Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung vertiefen

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem ein Vertrag vom Mai 2005 zwischen Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration ratifiziert werden soll (16/1108). Nach Ratifizierung des Vertrages werde es möglich sein, dass sich die beteiligten Staaten untereinander den

Zugriff auf nationale Datenbanken gewähren, erklärt die Regierung. So könnten Fahrzeugregisterdaten von den Vertragsstaaten im Wege eines Online-Lesezugriffs abgerufen werden. Weiter solle nach dem so genannten Treffer-/Kein Treffer-System auch der Zugriff auf DNA-Analysedateien und auf Fingerabdruckdateien eröffnet werden, wobei im Falle eines Treffers eine Kennung für weitere Anfragen übermittelt wird.

Mit dem gleichzeitig vorgelegten Gesetzentwurf zur Umsetzung des Vertrages

(16/1109) werden unter anderem die Verantwortlichkeiten der nationalen Kontaktstellen in Deutschland, die Kennung eines jeden zugriffsberechtigten Bearbeiters in den Behörden sowie das Verfahren zum automatisierten Abruf oder Abgleich von DNA-Daten und zur Kennzeichnung von personenbezogenen Daten definiert.

Erwartungen an deutsche Auslandseinsätze steigen

Die Erwartungen des Auslands an Beteiligungen der Bundesrepublik Deutschland an Einsätzen unter anderen im Sudan und im Kongo werden in den kommenden Jahren noch steigen. Dies erklärte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) am Donnerstagmorgen im Haushaltsausschuss bei den Beratungen des Etats des Auswärtigen Amtes (AA). Da Deutschland nicht allen Wünschen nachkommen könne, müsse man sich Gedanken über die Prioritäten machen. Der Minister bedauerte, dass es im Haushalt des AA kaum noch "Spielräume" gebe, da der Etat insgesamt zu zwei Dritteln für Beiträge an internationale Organisationen und für das Personal verplant sei. Deshalb hätte in

den vergangenen Jahren auch hauptsächlich bei den Kulturausgaben gespart werden müssen. "Dies ist eine ungute Entwicklung", so Steinmeier. Umso erfreulicher sei es, dass im Haushalt 2006 die Ansätze für ausländische Kulturpolitik und für humanitäre Hilfe "leicht" erhöht worden seien.

Insgesamt blieb der Regierungsentwurf zum AA-Etat im Ausschuss beinahe unverändert. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD wurde der deutsche Beitrag im Rahmen der G8-Initiative zur Abrüstungs- und Nichtverbreitungszusammenarbeit um 2,5 Millionen Euro auf 58,5 Millionen Euro gekürzt. Im Gegenzug wurde der Ansatz der Förderung der deutschen Sprache im Ausland um 2,5 Millionen Euro auf 24 Millionen Euro

erhöht. Damit soll das Goethe Institut (GI) weitere Projekte unter anderem in Osteuropa und in Zentralasien finanzieren. Im Übrigen blieb das Budget des GI bis zur Bereinigungssitzung am 1. Juni offen, da das Institut ein Strategiepapier vorlegen soll. Anträge der Opposition waren nicht erfolgreich. So hatte die FDP in 27 Anträgen Einsparungsvorschläge zur Haushaltskonsolidierung gemacht. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wollten unter anderem mehr Mittel für Krisenprävention bereitstellen.



Fraktionen wollen Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Auf Initiative der SPD-Fraktion fordern in einem gemeinsamen Antrag ([16/1131](#)) die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen die Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung sei es nötig, dass der Bundestag sich zu einer nachhaltigen Entwicklung bekenne. Der Parlamentarische Beirat solle "Anwalt langfristiger Verantwortung im politischen Geschehen" sein, Politik für kom-

mende Generationen strukturieren und die Arbeit der von der Bundesregierung geschaffenen Gremien begleiten.

Der Beirat, dem 20 ordentliche und 20 stellvertretende Mitglieder des Deutschen Bundestags angehören sollen, werde die nationale Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch begleiten, bei der Festlegung und Konkretisierung von Zielen, Maßnahmen und Instrumenten mitberaten, Empfehlungen zu mittel- und langfristigen Planungen abgeben, Beratungen mit

anderen Parlamenten, insbesondere in der Europäischen Union, führen und die gesellschaftliche Diskussion zur nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Über seine Arbeit soll der Beirat mindestens alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Dort einfach die Nr. eingeben

Termine

09.04.06, 19 Uhr - Bonn
Karaoke-Abend im „Fiddlers“
in Enderich

im April gesamt - Bonn
diverse Firmenbesuche und
Gespräch mit Verbänden
und Organisationen

Nächste Bürgersprechstun-
de:

26.04.06, 16 Uhr im Wahl-
kreisbüro, Clemens-August-
Str. 64

29./30.04.06 - Bonn
Klausur SPD-
Unterbezirksvorstand

Service

Neue Broschüre des BMU zur
Energieversorgung von mor-
gen:

[http://www.bmu.de/files/
erneuerbare_energien/
downloads/application/pdf/
broschue-
re_energieversorgung.pdf](http://www.bmu.de/files/erneuerbare_energien/downloads/application/pdf/broschue-re_energieversorgung.pdf)

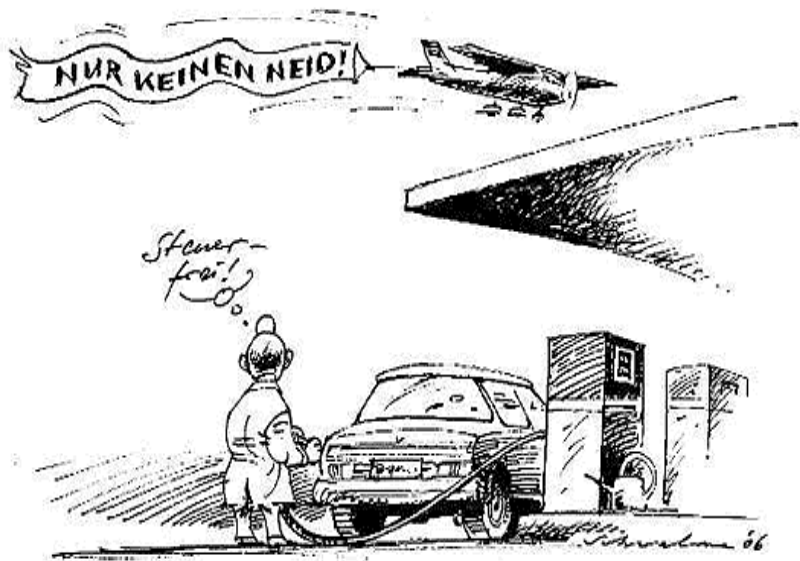
Ulrich Kelber Bonn Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-227 700 26
Fax: 030-227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228-280 31 35
Fax: 0228-280 31 36
Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de

... und im Internet
unter
www.kelber.de

Die Texte der Seiten 2-4
stammen vom Pressezent-
rum des Bundestages und
der SPD-Bundestagsfraktion.



Karikatur: Reiner Schwalme

Landwirtschaftliche Exportsubventionen sollen bis 2013 abgeschafft werden

Die Bundesregierung hält an dem Datum von 2013 als Zeitrahmen für die Abschaffung aller handelsverzerrenden Exportsubventionen für landwirtschaftliche Güter fest und erwartet, dass es innerhalb der EU infolge des Abbaus bei bestimmten Produkten, wie etwa Milch und Getreide, zu einem zusätzlichen Preis- und Mengendruck kommt. Deshalb plädiert sie in den noch laufenden W T O - Verhandlungen zum Abbau von Exportsubventionen für eine "möglichst flexible Vorgehensweise" beim Subventionsabbau. Weiter erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/1087) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/999), dem Text der Ministerkonferenz von Hongkong zufol-

ge soll der Abbau "progressiv und parallel" erfolgen.

Die tatsächlichen Konsequenzen für die einzelnen Märkte und daraus abgeleitete Handlungsoptionen ließen sich aber erst dann überschauen, wenn die Modalitäten des Abbaus der Exporterstattungen feststünden. Im Übrigen vertragen die EU und die Bundesregierung bei den laufenden Verhandlungen die Position, dass alle Exportförderinstrumente abgebaut werden sollen, auch die von anderen WTO-Mitgliedern genutzten Exportkredite, -subventionen durch Staatshandelsunternehmen und Nahrungsmittelhilfe zur Überschussbeseitigung. Der EU-Ministerrat habe sich vor Abschluss der Ministerkonferenz in Hongkong einstimmig dahingehend geeinigt, den Abbau der Export-



subventionen wertmäßig vorzugeben, nicht durch mengenmäßige Beschränkungen.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse in Entwicklungsländern bedürfen nach Ansicht der Bundesregierung eines besonderen Schutzes, wenn auch in diesen Ländern die tatsächlich angewandten Zölle gesenkt werden. Sie begrüßt es deshalb, dass die Entwicklungsländer nach der Ministererklärung von Hongkong "spezielle Produkte" festlegen und auf einen "speziellen Schutzmechanismus zurückgreifen können.



TOP THEMA

Rentendebatte

In dieser Woche hat sich der Deutsche Bundestag mit dem Thema Rente beschäftigt. Beschlossen wurde in 2./3. Lesung der Entwurf über die Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006 (Drs. 16/794, 16/1078). Außerdem unterrichtete die Bundesregierung über einige Berichte, die zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen wurden. Im Einzelnen handelt es sich um den „Rentenversicherungsbericht 2005“ (Drs. 16/905), den „Alterssicherungsbericht 2005“ (Drs. 16/906), den „Nationalen Strategiebericht Alterssicherung 2005“ (Drs. 15/5571) und den „Rentenversicherungsbericht 2004“ (Drs. 15/4498).

Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte

Das in dieser Woche beschlossene Gesetz geht auf eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag zurück, nach der die Renten in dieser Legislaturperiode nicht sinken sollen. Mit dem nun beschlossenen Gesetz ebnen wir den Weg für dieses Jahr. Angesichts der wirtschaftlichen Lage und Lohnentwicklung im letzten Jahr wäre es bei Anwendung der geltenden Rentenanpassungsformel nicht auszuschließen gewesen, dass die aktuellen Rentenwerte hätten verringert werden müssen.

Alterssicherungsbericht: Riesterrente auf dem Vormarsch

Bis Ende 2005 haben 5,63 Millionen Bürger einen Riesterrentenvertrag abgeschlossen. Der Staat hat seit der Rentenreform von 2001 rund 551 Millionen Euro an Zulagen für den Aufbau einer Riesterrente ausbezahlt. Immer mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind zudem mit einer betrieblichen Zusatzversorgung ausgestattet. Auch in der Privatwirtschaft erhöhte sich ihr Anteil auf 46 Prozent. Mitte 2004 hatten somit rund 15,7 Millionen Beschäftigte bei ihrem aktuellen Arbeitgeber eine Betriebsrentenanwartschaft.

Als erfolgreich hat sich die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung erwiesen, die noch bis 2008 gilt. Sie wurde von rund 1,7 Millionen Arbeitnehmern in Anspruch genommen. Der durchschnittlich umgewandelte Betrag lag bei 1.100 Euro im Jahr. Die Bundesregierung erwägt, die Beitragsfreistellung nicht über 2008 hinaus zu verlängern, da eine

„deutliche Erosion auf der Einnahmeseite der Sozialversicherung mit Druck auf die Beitragssätze“ erwartet wird.

Die gesetzliche Rentenversicherung stellt heute immer noch die stärkste Säule der Alterssicherung dar - in 2003 erbrachte sie dem Bericht zufolge einen Anteil von 79 Prozent. Es folgen die Beamtenversorgung (11 Prozent), die betriebliche Altersversorgung (6 Prozent), die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst (3 Prozent) und die Alterssicherung der Landwirte sowie die berufsständischen Versorgungswerke mit jeweils einem Prozent.

Für ab dem 1. Januar 2008 geborene Kinder soll die Kinderzulage im Rahmen der Riesterrente auf 300 Euro jährlich erhöht werden. Zudem soll die Förderung des selbst genutzten Wohneigentums besser in die Riesterrente integriert werden. Konkrete Modelle dazu werden gerade erarbeitet. Rentenversicherungsbericht 2005

In dem Bericht werden die Finanzlage der Rentenkasse und die demographischen Auswirkungen beleuchtet. In 2007 wird der Rentenbeitragsatz von 19,5 auf 19,9 Prozent steigen. Von 2013 an soll er wieder sinken. Das Rentenniveau verringert sich weiter: Die Bruttorenten gehen von rund 53 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens vor Steuern im Jahr 2005 auf 46,3 Prozent im Jahr 2019 zurück, die Bruttostandardrente sinkt von 1.776 auf 1.414 Euro monatlich.

Von 2012 bis 2029 soll die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Rente schrittweise von derzeit 65 auf 67 Jahre angehoben werden. Eine Kürzung der Renten für die rund 20 Millionen Rentner in Deutschland wird von der Bundesregierung bis 2009 ausgeschlossen. Die Renten sollen in den nächsten drei Jahren nicht steigen. Ausgesetzte Rentenkürzungen sollen von 2012 an nachgeholt werden.

Die so genannte Nachhaltigkeitsrücklage (früher: Schwankungsreserve) sank von fünf Milliarden Euro Ende 2004 auf 1,8 Milliarden Euro Ende 2005. Der Bundeszuschuss für die allgemeine Rentenversicherung wird laut Bericht von 54,9 Milliarden Euro in 2006 auf 71,5 Milliarden Euro in 2019 steigen. Hinzu kommen Ausgaben in Milliardenhöhe etwa für die Knappschaftsrente.



AKTUELLE STUNDE

Folgerungen aus den Vorgängen an der Rütli-Hauptschule

Auf Antrag der FDP fand am 5. April eine Aktuelle Stunde zum Thema „Bundespolitische Folgerungen aus den Vorgängen an der Rütli-Hauptschule in Berlin“ statt. Berlins Bildungsminister Klaus Böger zeigte sich fest entschlossen, die Krise der Rütli-Schule als Chance für Verbesserungen zu nutzen. Bereits jetzt gebe es in der Hauptstadt als erstem Bundesland einen verpflichtenden Sprachtest für Kinder im Vorschulalter und bis zu 330 Stunden zusätzlichen Unterricht, wenn dies notwendig sei.

Mit dem Rückenwind, der durch die Diskussion entstanden ist, will der Bildungsminister erreichen, dass alle Hauptschulen nicht erst 2007, sondern schon bis zum 1. August ihre dringend benötigten Sozialarbeiter bekommen. Zudem will er mit der Justizverwaltung klären, was Schulen tun können, um schwierige Kinder zu stoppen, bevor sie straffällig werden. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Bürsch kritisierte die Vorschläge des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, schwer erziehbare ausländische Kinder von der Schule zu schmeißen bzw. auszuweisen als „Rückfall in obrigkeitstaatliche Reflexe“. Gegenaggression sei keine zielführende Antwort, die der Staat geben könne. Statt dessen sollten positive Anreize für die Schülerinnen und Schüler geschaffen werden. Dies könne nicht allein von den Schulen geleistet werden. Stattdessen appellierte er an eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, Menschen wahrzunehmen und wertzuschätzen.

AKTUELLE STUNDE

Energiegipfel ist ein guter Auftakt

In der von der Fraktion der Grünen beantragten Aktuelle Stunde am Donnerstag wurde über die Ergebnisse des Energiegipfels vom 3. April 2006 diskutiert.

Die Redner der SPD-Bundestagsfraktion (Michael Müller, PSt, Rolf Hempelmann, Frank Schwabe, Rainer Tabillion, Christoph Pries) machten deutlich, dass der Energiegipfel ein guter Auftakt für eine Intensivierung des energiepolitischen Dialogs in Deutschland gewesen ist. Ziel dieses Dialogs sei es, in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 ein strategisches Energiekonzept vorzulegen. Bis zu einem weiteren Treffen im Herbst sollen in drei Arbeitsgruppen zu internationalen Aspekten, nationalen Aspekten sowie zu Forschung und Energieeffizienz zentrale Fragen der Energiepolitik vorangebracht werden. Die Redner der SPD machten deutlich, dass sich die Fraktion in die Debatte mit Ideen, Vorschlägen und Initiativen einbringen wird.

Es gehe jetzt darum, die wichtigen Entscheidungen in der Energiepolitik vorzubereiten. Dabei rückt vor allem die Energieeffizienz in den Vordergrund. Deutlich geworden ist auf dem Energiegipfel auch, dass den erneuerbaren Energien die Zukunft der Energieversorgung gehört, so-gar schon in naher Zukunft. Die Tatsache, dass in den Bereich der erneuerbaren Energien mehr Investitionen fließen werden als in den der fossilen Energieträger, sei bezeichnend.

Angesichts der anhaltenden Debatte um den Atomausstieg wurde deutlich gemacht, dass es um weniger Energieverbrauch geht und nicht um die Frage, ob der eine Energieträger durch den anderen ersetzt werde. Die Koalition steht zum Ausstieg aus der Atomenergie.



KULTUR

Aus „Deutscher Bibliothek“ wird „Deutsche Nationalbibliothek“

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche den Regierungsentwurf über die Deutsche Nationalbibliothek (Drs. 16/322, 16/896) in 2./3. Lesung verabschiedet. Der ursprüngliche Entwurf wurde im federführenden Ausschuss für Kultur und Medien nur geringfügig verändert.

Anpassung an moderne Zeiten

Die Deutsche Bibliothek hat seit 1913 den gesetzlichen Auftrag, in Deutschland veröffentlichte Werke und deren Übersetzungen in andere Sprachen, im Ausland veröffentlichte deutschsprachige Werke und Werke über Deutschland zu sammeln, zu bewahren und für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Unter verschiedenen Zulieferungen ist auch jeder Verleger in Deutschland verpflichtet, von den Neuerscheinungen zwei Exemplare an die Deutsche Bibliothek zu liefern.

Dieser Sammelauftrag wird durch das Gesetz den modernen Zeiten angepasst und auf digitale Werke erweitert. Über die Einbeziehung so genannter unkörperlicher Werke hinaus wird der Name der Bibliothek in „Deutsche Nationalbibliothek“ geändert und damit die Funktion der Bibliothek auch deutlicher herausgestellt. Auf europäische Initiative hin hatte die UNESCO im Jahr 2001 eine Resolution zur Bewahrung des digitalen Erbes angenommen, der die Regierungskoalition mit diesem Gesetz ebenfalls Rechnung trägt.

RECHT

Geänderte Beteiligung von Künstlern beim Weiterverkauf ihrer Werke

In dieser Woche wurde in 1. Lesung der Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes beraten (Drs. 16/1107).

Das so genannte Folgerecht ist ein Anspruch des Künstlers und damit Urhebers auf eine Beteiligung am Erlös aus den Weiterverkäufen seines Werkes und verschafft ihm damit eine Teilhabe an den Wertsteigerungen seines Werkes. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Künstler beim Verkauf durch einen Kunsthändler oder Versteigerer anders am Erlös beteiligt wird als bisher. Grundlage für diesen Entwurf der Bundesregierung ist eine EU-Richtlinie. Bislang ist das Folgerecht in den EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich geregelt.

Bisheriger Anspruch wird verbessert

Der bisherige Anspruch eines Künstlers liegt seit 1971 bei fünf Prozent des Verkaufserlöses bei Weiterverkäufen. In Zukunft soll dieser Anspruch gestaffelt werden in Höhe von vier Prozent bis zu einem Verkaufserlös von 50.000 Euro Veräußerungserlös und bis hinunter auf 0,25 Prozent für den Teil des Verkaufserlöses über 500.000 Euro. Der Gesamtbetrag soll für den Künstler bei höchstens 12.500 Euro liegen. Dieses neue System soll bei einem Vergleich mit der derzeitigen Lage zu einer niedrigeren Beteiligung des Künstlers führen. Es ist jedoch zu erwarten, dass diese Einbuße zum Teil dadurch ausgeglichen wird, dass Deutschland bei dem dann endlich in allen EU-Mitgliedstaaten geltenden einheitlichen Folgerecht für den Kunsthandel attraktiver wird und deutsche Künstler dadurch mehr Einkünfte erzielen werden.



SOZIALES

Entschädigungsrecht erweitert

Am Freitag hat der Bundestag die Vorschriften des sozialen Entschädigungsrechts und den Ausgleich von Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet neu geregelt. Ein entsprechender Gesetzentwurf (Drs. 16/444, 16/1162) wurde in der Ausschussfassung mehrheitlich in 2./3. Lesung angenommen.

Einbeziehung der Angehörigen der Sonderversorgungssysteme der DDR

Zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichtes sowie ein Urteil des Bundessozialgerichtes haben eine Änderung der entsprechenden Gesetze notwendig gemacht. Mit dem Gesetz sollen frühere Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und des Amtes für nationale Sicherheit (AfNS) der DDR einen Ausgleich für Dienstbeschädigung erhalten. Sie werden zusammen mit den übrigen Angehörigen der Sonderversorgungssysteme der DDR in die Regelungen des seit 1997 geltenden Gesetzes über einen Ausgleich von Dienstbeschädigungen einbezogen. Zu den Angehörigen der Sonderversorgungssysteme der DDR gehören die ehemaligen Mitglieder der Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs.

Keine Leistung bei Verstößen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit

Im Zuge der Ausschussberatungen haben sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, dass ein Ausgleich von Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet nicht genehmigt wird, wenn der Berechtigte bei einer Diensthandlung gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Mit der möglichen Einzelfallprüfung ist es gelungen unter Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips - gleiches Recht für jeden - einen guten Weg zu finden.

VERKEHR

Privatisierung der deutschen Flugsicherung

Am 7. April hat der Deutsche Bundestag den Weg frei gemacht für eine Kapitalprivatisierung der bislang bundeseigenen DFS deutsche Flugsicherung GmbH. Das „Gesetz zur Neuregelung der Flugsicherung“ (Drs. 16/240, 16/1161) wurde mit den im Verkehrsausschuss beschlossenen Änderungen von allen Fraktionen außer der Fraktion Die Linke angenommen. Es ermöglicht erstmals die Beteiligung privaten Kapitals an der DFS und verbessert damit ihre Konkurrenzfähigkeit im Konzert der europäischen Flugsicherung.

Was ist die DFS?

Der deutsche Luftraum ist einer der verkehrsreichsten der Welt. Tag für Tag führen mehr als 8.000 Flüge über Deutschland. Nahezu 2,9 Millionen Flugbewegungen haben die Fluglotsen der DFS im vergangenen Jahr kontrolliert. Und sie gewährleisten, dass der Luftverkehr über Deutschland sicher und flüssig abgewickelt wird. Seit 1993 ist sie nicht mehr unmittelbarer Teil der staatlichen Verwaltung, sondern ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen, das zu 100 Prozent dem Bund gehört. Die Privatisierung ist erfolgreich verlaufen. Doch die Anforderungen an eine moderne Flugsicherung haben sich seit 1993 verändert. Mit der Errichtung des einheitlichen europäischen Luftraums besteht die Notwendigkeit, die Flugsicherung in Deutschland an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Was wird gesetzlich neu geregelt?

Künftig wird die DFS deutlich mehr Geschäftsfelder betreiben können als heute. Im Rahmen einer europäischen Flugsicherungsorganisation wird sie eine führende Rolle übernehmen können. Damit können zugleich die Arbeitsplätze bei der DFS dauerhaft gesichert werden. Darüber hinaus setzen wir mit diesem Gesetz europarechtliche Vorgaben um. Die staatlichen Aufsichtsaufgaben übernimmt künftig das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung.



VERTEIDIGUNG

Bericht des Wehrbeauftragten

Am 6. April hat der Bundestag den Jahresbericht 2004 des Wehrbeauftragten (Drs. 15/5000, 16/909) debattiert. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Bis zum 1. Juli 2006 soll diese dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen berichten.

Grenze der Leistungsfähigkeit

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), beklagt eine permanente Unterfinanzierung der Bundeswehr. Die Belastung der Truppe durch die laufenden und neuen Einsätze ist nach wie vor hoch. Die Bundeswehr stößt immer deutlicher an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Die Zahl der im vergangenen Jahr vorliegenden Eingaben an den Wehrbeauftragten sind mit 5.601 Eingaben leicht zurückgegangen.

Frauen sind gut integriert

Frauen haben inzwischen einen festen Platz im Gefüge der Streitkräfte erobert. Ihr Anteil an den Zeit- und Berufssoldaten ist auf mehr als sechs Prozent gestiegen. Aus Robbes Sicht schreitet die Integration der Frauen weiter voran und verläuft weitgehend störungsfrei.

Zwischen den Regierungsparteien besteht Einigkeit über den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht. Dieses Bekenntnis werde von den Soldaten sehr positiv aufgenommen, diese erwarteten aber auch eine Sicherstellung der Einberufungsgerechtigkeit, so Robbe. Aus Robbes Sicht ist es langfristig nicht hinnehmbar, wenn ein erheblicher Teil der Wehrpflichtigen aus finanziellen Gründen keinen Wehr- oder Zivildienst leistet.

KLAUSUR

Arbeitsprogramm der kommenden Monate festgelegt

Am 3. April fand eine Klausur der SPD-Bundestagsfraktion statt. Auf der Tagesordnung standen der Politische Bericht des Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und des Stellvertretenden Parteivorsitzenden Peer Steinbrück. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt war zu Gast und diskutierte mit den Fraktionsmitgliedern über das Thema „Wie eine große Koalition funktionieren kann“. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Uli Kelber stellte gemeinsam mit der Justizministerin Brigitte Zypries die politische Ausrichtung unserer Verbraucherschutzpolitik vor.

Im Anschluss daran wurden die politischen Schwerpunkte der kommenden Monate von den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden vorgestellt.

Einige Schwerpunkte in 2006:

- Gesundheitsreform
- Föderalismusreform
- Existenzsichernde Löhne
- Familienpolitische Leistungen
- Bürokratieabbau
- Kündigungsschutz
- Dienstleistungsrichtlinie
- Energiestrategie
- Steueränderungsgesetz
- SGB-II-Optimierungsgesetz
- Präventionsgesetz
- Konzept Weiterbildung
- Urheberrecht
- Elterngeld
- Reform der Pflegeversicherung

Arbeit gestärkt fortsetzen

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Arbeitsprogramm der kommenden Monate. Einiges haben wir schon zu Beginn des Jahres auf den Weg gebracht. Wir haben den Haushalt 2006 eingebracht, das Haushaltsbegleitgesetz beraten, das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung beschlossen und wichtige Weichen für die Zukunft der Rente gestellt. Unsere Arbeit werden wir jetzt gestärkt fortsetzen.